

Auswirkungen des Brexit

Erfahrungen und Perspektiven der deutschen Wirtschaft
im Geschäft mit dem Vereinigten Königreich

Sonderauswertung der IHK-Unternehmensumfrage
Going International 2019

Going
International
2019



DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Die bundesweite Umfrage „Going International 2019“ des DIHK ist mit Unterstützung von 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) in Deutschland erstellt worden. An der Befragung im Februar 2019 haben sich über 2.100 auslandsaktive Unternehmen mit Sitz in Deutschland beteiligt. Die Ergebnisse der vorliegenden Sonderauswertung zum Brexit basieren auf den Antworten von rund 1.500 Unternehmen, die mit UK geschäftlich in Verbindung stehen.

Form der Geschäftstätigkeit im Vereinigten Königreich (Anteil der Unternehmen)	
Exporte von Waren oder Dienstleistungen in das Vereinigte Königreich	63%
Importe von Waren oder Dienstleistungen aus dem Vereinigte Königreich	30%
Mit einer Niederlassung/einem Büro im Vereinigten Königreich	17%
Wir beschäftigen britische Staatsbürger	13%
Wir beschäftigen deutsche Staatsbürger in unserer Niederlassung im Vereinigten Königreich	3%

Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich (UK) betrug im Jahr 2018 119 Milliarden Euro. Etwa 750.000 Arbeitsplätze in Deutschland hängen vom Handel mit UK ab. Deutsche Unternehmen haben bis heute Investitionen im Wert von über 140 Milliarden Euro aufgebaut. Es gibt circa 2.500 Niederlassungen deutscher Firmen, die über 400.000 Mitarbeiter beschäftigen. Britische Unternehmen haben in Deutschland 1.500 Niederlassungen und beschäftigen circa 270.000 Mitarbeiter¹.

Herausgeber	© Deutscher Industrie- und Handelskammertag Berlin Brüssel
	DIHK Berlin: Postanschrift: 11052 Berlin Hausanschrift: Breite Straße 29 Berlin-Mitte
	Telefon (030) 20 308-0 Telefax (030) 20 308 1000
	DIHK Brüssel: Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts B-1000 Bruxelles Telefon ++32-2-286 1611 Telefax ++32-2-286 1605
Internet	www.dihk.de www.facebook.com/DIHKBerlin http://twitter.com/DIHK_News http://twitter.com/DIHK_Research
Verantwortlich	Emanuel Weishäupl, Dr. Ilja Nothnagel
Redaktion	Mathias Dubbert, Steffen Behm, Emanuel Weishäupl

¹ Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank

Die wesentlichen Ergebnisse:

1. Der bevorstehende Brexit ist bereits jetzt eine Belastung für Unternehmen

- ➔ Die Geschäftslage der Unternehmen hat sich erheblich verschlechtert. Nur noch jedes fünfte deutsche Unternehmen berichtet von guten Geschäften im Vereinigten Königreich.
- ➔ Die Sorgen mit Blick auf die weitere Entwicklung sind groß: 70 Prozent der Unternehmen erwarten 2019 eine Verschlechterung ihrer Geschäfte mit Großbritannien.
- ➔ Einige Unternehmen ziehen bereits Konsequenzen. Jedes 8. Unternehmen mit UK-Geschäft plant aktuell eine Verlagerung seiner Investitionen auf andere Märkte. Investitionsverlagerungen aus UK gehen größtenteils nach Deutschland und in andere EU-Länder.

2. Sorgen vor Zöllen und rechtlicher Unsicherheit groß

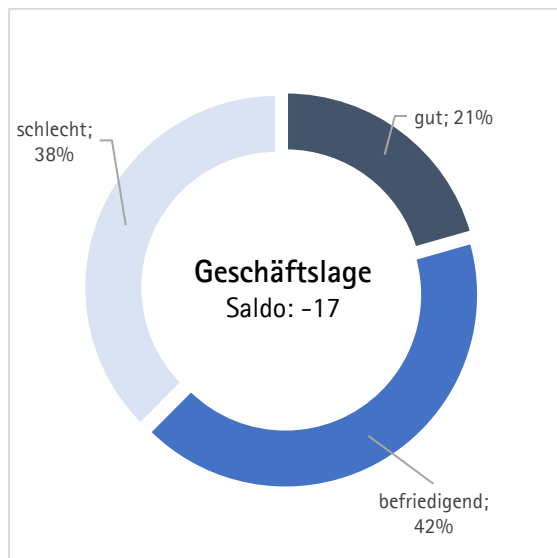
- ➔ Eine konkrete Vorbereitung im Unternehmen ist weiterhin nur begrenzt möglich. Für mehr als die Hälfte der Unternehmen sind die konkreten Auswirkungen des Brexits weiterhin unklar.
- ➔ Dreiviertel der Unternehmen sorgen sich vor zusätzlicher Zollbürokratie. Daneben bilden höhere Kosten für Zölle und Einfuhrsteuern sowie die rechtliche Unsicherheit die größten Risikofaktoren.
- ➔ Insbesondere KMU stehen vor kostenintensiven Herausforderungen. Ein harter Brexit würde zu Mehrbelastungen durch die zusätzliche Zollbürokratie sowie die Zahlung von Zöllen in Milliardenhöhe führen.

Einschätzungen der Unternehmen

Der nahende Brexit stellt eine große Herausforderung für die Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union (EU) dar. Die negativen Effekte des Brexit-Votums belasten die Geschäfte der Unternehmen schon jetzt. Der deutsch-britische Handel ist seit der Brexit-Entscheidung rückläufig. Fast 30 Monate nach dem Referendum und knapp einen Monat vor dem Austritt herrscht über die zukünftigen Handelsbeziehungen weiterhin Unklarheit. Dementsprechend verunsichert zeigt sich die deutsche Wirtschaft. Die Absichten für Investitionen vor Ort gehen zurück. Einige Betriebe planen bereits Investitionsverlagerungen von Großbritannien in andere Staaten – vornehmlich in die Rest-EU.

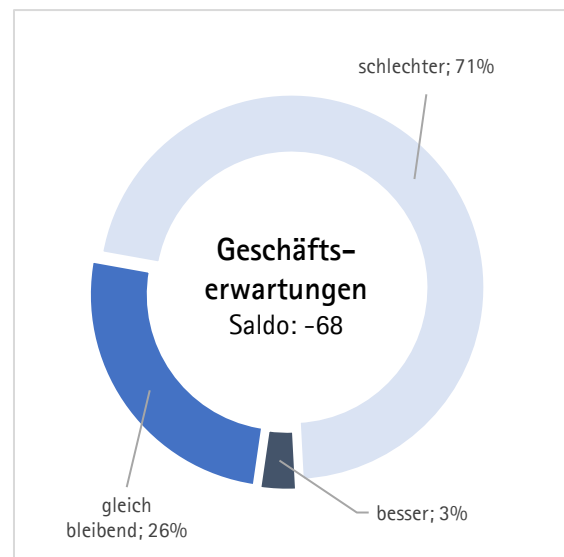
Pessimismus bei Geschäftslage und Geschäftsperspektiven

Die deutschen Unternehmen, die Geschäftsbeziehungen zum Vereinigten Königreich unterhalten, schätzen ihre derzeitige Lage nochmal deutlich schlechter ein als im Vorjahr. Jeder fünfte Betrieb bewertet sein Geschäft mit Großbritannien als gut. Dagegen bezeichnen nach 25 Prozent im Vorjahr nun 38 Prozent der Unternehmen die Lage als schlecht. Der Saldo aus „gut- und schlecht“-Bewertungen ist damit innerhalb der letzten zwölf Monate von plus vier Punkte auf minus 17 Punkte in den Negativbereich abgesackt.



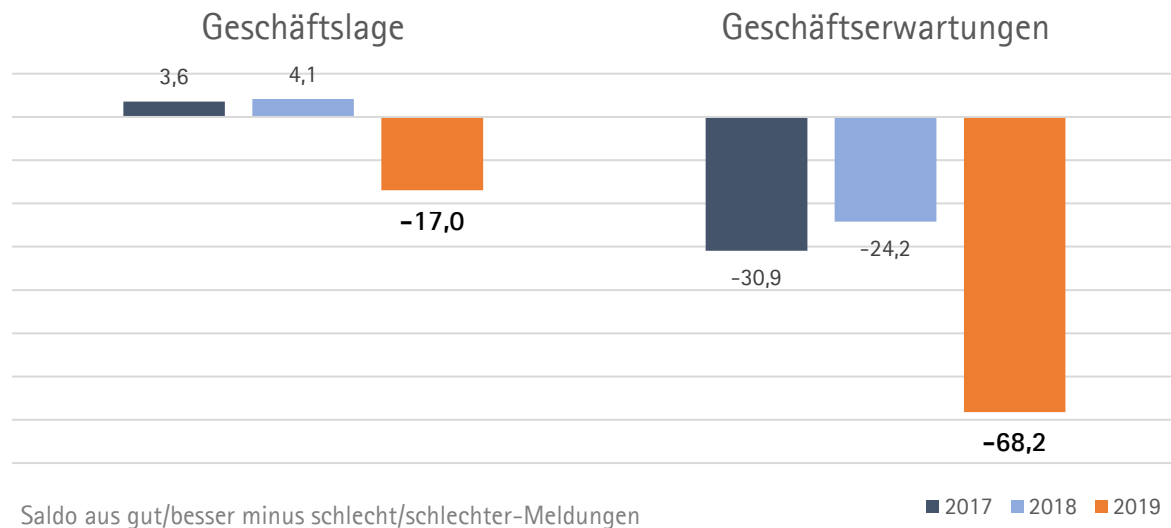
Zum Vergleich: Der Saldo der aktuellen Geschäftslage deutscher Unternehmen in anderen EU-Ländern ohne Euro sowie in der Schweiz und Norwegen beträgt plus 44 Punkte, mit den Ländern der Eurozone sogar plus 56 Punkte.

Die Erwartungen der Betriebe für die kommenden zwölf Monate sind dramatisch zurückgegangen. Eine Verschlechterung ihrer Geschäfte mit Großbritannien erwarten nun 71 Prozent. 2018 waren es noch 36 Prozent. Der Anteil der Zuversichtlichen liegt bei gerade einmal drei Prozent (zwölf Prozent in 2018). Der Saldo liegt nunmehr bei minus 68 Punkten und somit deutlich niedriger als noch vor einem Jahr (minus 24 Punkte). Betrachtet man die einzelnen Branchen, so schätzen Metallindustrie, Fahrzeugindustrie und Zulieferer sowie Handel ihre Geschäftsperspektive am schlechtesten ein.

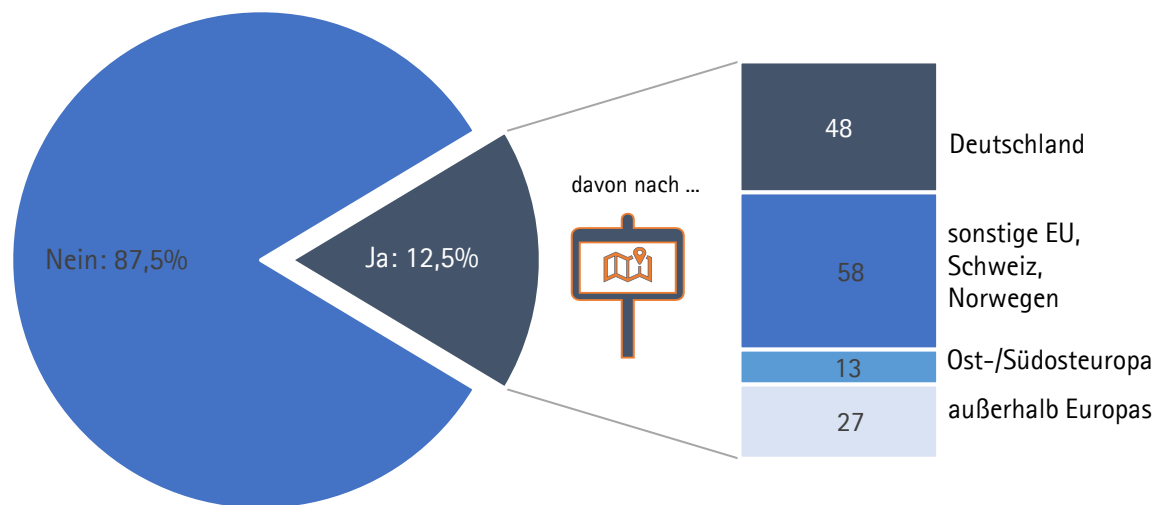


Die Auswirkungen des Brexit sind bereits spürbar. Das britische Pfund hat im Verhältnis zum Euro merklich an Kaufkraft eingebüßt. Das schmälert auch die Absatzmöglichkeiten der deutschen Produzenten. Im vergangenen Jahr kam es zu einem Rückgang der deutschen Ausfuhren auf die Insel in Höhe von knapp

Aktuelle Geschäftslage und Erwartungen der im Vereinigten Königreich aktiven deutschen Unternehmen



Verlagerung von UK-Investitionen auf andere Märkte



in Prozent, Mehrfachnennungen möglich

vier Prozent. Vor dem Brexit-Votum war Großbritannien mit 89 Mrd. Euro Deutschlands drittgrößter Absatzmarkt. 2018 belegt das Vereinigte Königreich laut vorläufigen Daten² mit 82 Mrd. Euro hinter den Niederlanden nur noch Rang fünf.

Großbritannien trifft ein unregelmäßiger Brexit ungleich härter. Auf der Insel lassen sich die ersten Folgen bereits beobachten. Die britische Wirtschaftsleistung

wächst signifikant schwächer als vor dem Referendum. Der DIHK erwartet auf Basis der vorliegenden Unternehmensbefragung 2019 ein Wirtschaftswachstum deutlich unterhalb des EU-Durchschnitts.

Verlagerung von Investitionen geplant

13 Prozent der Unternehmen mit Investitionen im Vereinigten Königreich planen aufgrund des bevorste-

² Quelle Statistisches Bundesamt

henden britischen EU-Austrittes inzwischen eine Verlagerung von Investitionen auf andere Märkte, um etwaige Nachteile durch den Verlust der Mitgliedschaft im Binnenmarkt zu verhindern.

Der Abzug von Investitionen würde in erster Linie in die restlichen 27 EU-Länder bzw. in die Schweiz und Norwegen erfolgen. Davon zieht knapp die Hälfte der Betriebe eine Umschichtung nach Deutschland in Betracht – ähnlich wie vor einem Jahr. Das zeigt: Unternehmen suchen nach stabilen Verhältnissen und setzen im Zweifel auf den Binnenmarkt beziehungsweise auf planbare und präferenzielle Handelsbeziehungen mit der Schweiz und Norwegen.

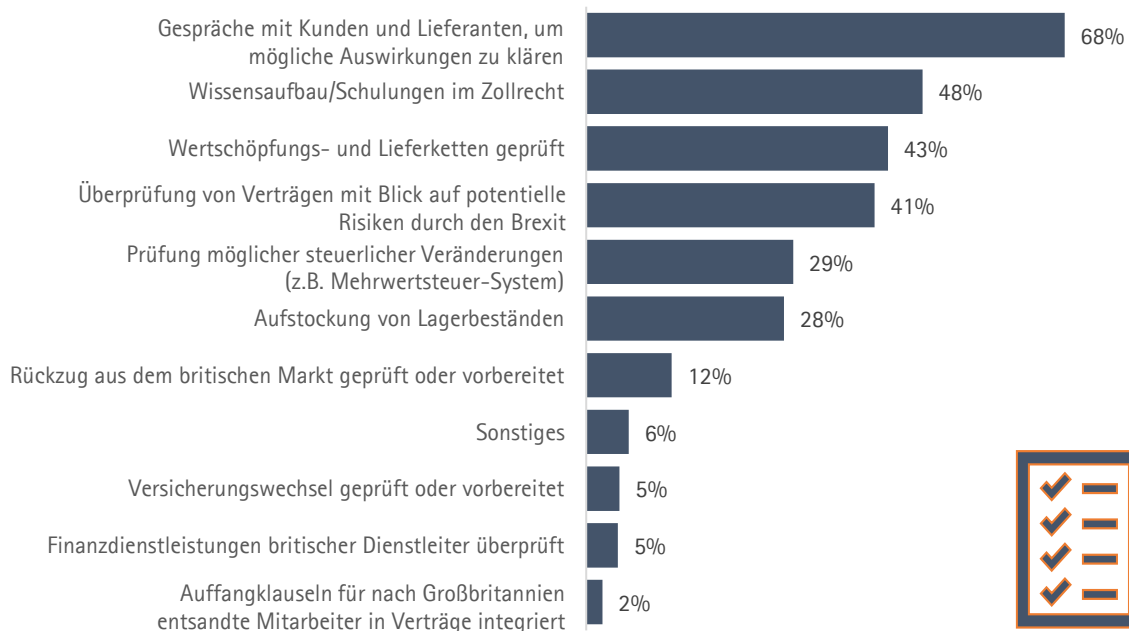
Vorbereitung auf einen „harten“ Brexit nur begrenzt möglich

Kurz vor dem offiziellen Austritt der Briten aus der EU haben sich 88 Prozent der deutschen Unternehmen – auch die ohne direkte Handelsbeziehungen mit Großbritannien – mit möglichen Auswirkungen auf ihr Geschäft auseinandergesetzt. Auch wenn keine direkten Lieferbeziehungen mit britischen Unternehmen oder Investitionen mit dem Vereinigten Königreich bestehen, können weitere Betriebe indirekt über Zulie-

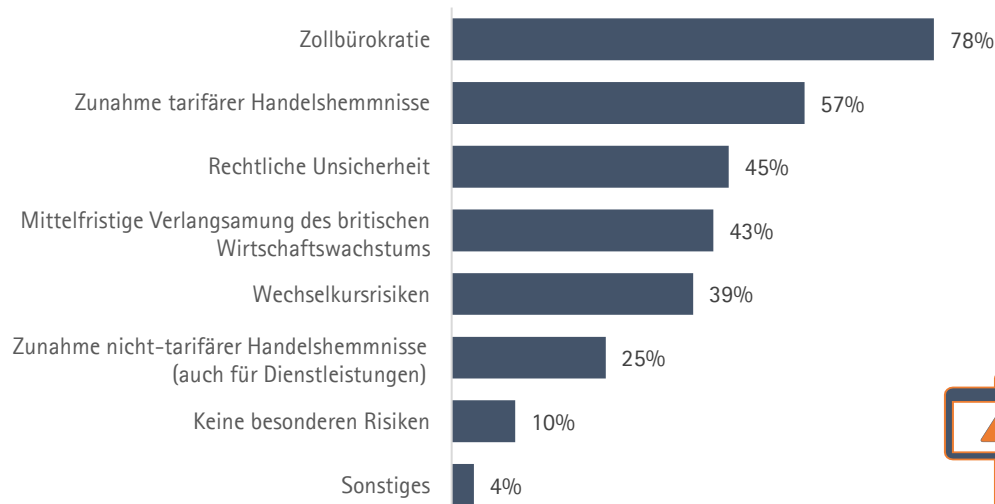
ferstrukturen, Vorprodukte oder Kundenverflechtungen vom Brexit betroffen sein. So kann zum Beispiel ein Anlagenbauer zurzeit Komponenten ausschließlich von Zulieferern in Deutschland und Frankreich beziehen und sieht sich durch den Brexit vermeintlich nicht betroffen. Fließen jedoch in die bei einem der Zulieferer gefertigten Komponenten britische Vormaterialien ein, erreicht die betroffene Komponente und dadurch gegebenenfalls auch das Endprodukt nach dem Brexit im Zweifel nicht länger den präferenziellen EU-Ursprung und könnte dann nicht von den EU-Handelsabkommen zum Beispiel mit Japan oder Kanada profitieren.

Von den befragten Unternehmen gibt nur jedes vierte an, gut auf mögliche Folgen des britischen Austritts vorbereitet zu sein. Mehr als die Hälfte der Betriebe kann die Folgen auch nach tieferer Prüfung des Themas noch nicht abschätzen (Vorjahr: 43 Prozent). Der deutliche Anstieg ist insbesondere mit Blick auf die großen Verzögerungen bei den Brexit-Verhandlungen kaum verwunderlich. Nicht von den Folgen des Brexits betroffen zu sein, geben lediglich neun Prozent der Betriebe an. Dieser Wert lag vor einem Jahr noch bei 25 Prozent. Zwölf Prozent haben bisher noch nicht die möglichen Folgen des Ausstiegs aus der EU für ihr Geschäft analysiert.

Folgende Maßnahmen haben die Unternehmen bereits in Vorbereitung auf den Brexit getroffen (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)



Folgende Risiken sehen die Unternehmen für die Geschäfte im Vereinigten Königreich nach dem Brexit (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)



Betrachtet man die Größenklassen der Unternehmen, so sind es vor allem kleine Betriebe, die angeben, vom Brexit nicht betroffen zu sein. Größere Unternehmen sind in höherem Maße betroffen und geben zudem häufiger an, dass die konkreten Auswirkungen noch unklar sind.

Betriebe im Austausch mit Kunden und Geschäftspartnern

Die deutschen Unternehmen stecken in einem Dilemma: Die meisten Vorkehrungen auf einen „harten“ Brexit, wie die Anschaffung von zusätzlichen IT-Kapazitäten, die Einstellung von Personal oder die Aufstockung von Lagerbeständen, sind mit erheblichem Aufwand verbunden. Im Fall eines Deals wären diese Maßnahmen gegebenenfalls obsolet und die Betriebe hätten umsonst investiert. Deshalb fokussiert sich ein Großteil der Unternehmen (68 Prozent) bei seinen Vorbereitungen zunächst auf Gespräche mit seinen Kunden und Lieferanten.

Wertschöpfungs- und Lieferketten sind äußerst komplex. Insbesondere Themen wie Zollverfahren oder technische Zulassungen stellen oft eine große Hürde für einen erfolgreichen Handel dar, ebenso wie die Logistik. Daher versucht knapp die Hälfte der Unternehmen, sich durch Weiterbildungsmaßnahmen – z.B. im Zollrecht – für das Ausscheiden des Vereinigten Königreiches aus dem EU-Binnenmarkt „fit“ zu machen. In diesem Zusammenhang geben mehr als 40 Prozent

der Betriebe an, ihre Wertschöpfungs- und Lieferketten geprüft zu haben. Ähnlich viele Unternehmen haben ihre Verträge auf Brexit-Risiken untersucht.

Darüber hinaus jeweils rund ein Drittel die steuerlichen Konsequenzen im Blick bzw. hat bereits seine Lagerbestände aufgestockt. Zwölf Prozent der Unternehmen haben einen Rückzug aus dem britischen Markt geprüft oder zumindest Vorbereitungen dafür getroffen.

Zollbürokratie als größtes Geschäftsrisiko

Im Falle eines ungeordneten Brexit drohen bis zu zehn Millionen neue Zollanmeldungen und zusätzliche Kosten in Höhe von 200 Millionen Euro allein durch Zollbürokratie. Vor diesem Hintergrund sehen vier von fünf Unternehmen im drohenden Mehraufwand bei der Zollbürokratie ein besonderes Risiko für die zukünftigen Geschäfte mit dem Vereinigten Königreich. Dazu zählen unter anderem die Abgabe von Zollanmeldungen und die Dauer von Zollabfertigungen. Insbesondere mögliche Lieferverzögerungen und Engpässe bei der Logistik beunruhigen die deutschen Produzenten. Damit werden höhere bürokratische Hürden öfter genannt als drohende tarifäre Handelshemmnisse wie zum Beispiel Zölle. Käme es zu einem Austritt ohne Abkommen, würde die EU für sämtliche Einfuhren aus Großbritannien die derzeit für Drittländer geltenden WTO-Zölle veranschlagen. Umgekehrt

besteht die Möglichkeit, dass Großbritannien seinerseits Zölle in Anlehnung an die EU-Zollsätze erhebt. Das würde zu Mehrbelastungen in Milliardenhöhe führen und ggf. auch den Reimport von EU-Waren betreffen.

Auch die rechtliche Unsicherheit spielt eine zentrale Rolle. 45 Prozent der Unternehmen sehen in einer unklaren Rechtssituation nach dem Brexit ein großes Risiko für die geschäftlichen Beziehungen. Vor allem den 8.000 bis 10.000 „Limiteds“ – eine Unternehmensform mit beschränkter Haftung und

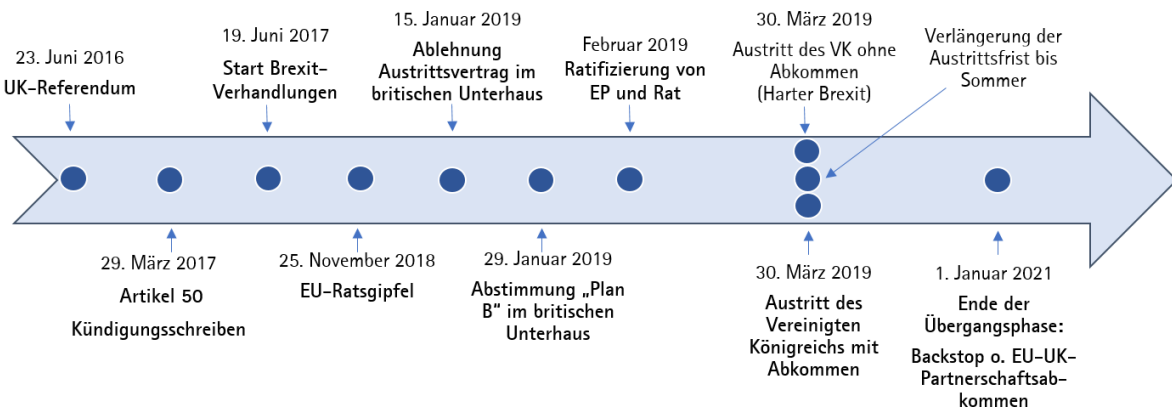
geringem Stammkapital speziell für Start-Ups – mit Hauptverwaltungssitz in Deutschland drohen ohne Übergangsregelung der Wegfall der Niederlassungsfreiheit und der Verlust der Haftungsbeschränkung.

42 Prozent der Befragten benennen eine mittelfristige Verlangsamung des britischen Wirtschaftswachstums als potenziellen Bremsklotz für ihre Geschäfte. Ein geschwächtes Pfund bereitet gut 40 Prozent Sorgen. Die Zunahme nichttarifärer Handelshemmnisse wie zum Beispiel durch Zertifizierungsanforderungen macht ein Viertel der Antworten aus.

Der Brexit-Prozess

Seit November 2019 liegt das Austrittsabkommen vor, auf das sich die EU und das UK geeinigt haben. Sollte dieses Abkommen bis zum 29. März 2019 von beiden Seiten ratifiziert werden (geregelter Brexit), so würde zunächst eine Übergangsphase in Kraft treten, innerhalb derer es bis mindestens Ende 2020 auf wirtschaftlicher Ebene zunächst so gut wie keine Änderungen geben wird. Sollten sich EU und UK nicht einigen, wird UK am 30. März 2019 aus Sicht der EU zu einem Drittstaat (ungeregelter Brexit). Sollte die Ratifizierung bis Ende März nicht erfolgen, wäre unter Umständen ein kurzfristiger Aufschub ebenso denkbar.

Das Austrittsabkommen muss sowohl dem Europäischen Parlament als auch dem britischen Unterhaus zur Abstimmung vorgelegt werden. Anschließend muss der „Scheidungsvertrag“ vom Rat der EU ratifiziert werden. Verhandlungen über die künftigen Beziehungen für die Zeit nach der Übergangsphase bedürften voraussichtlich einiger Jahre. Langfristig scheint ein umfassendes Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem UK das wahrscheinlichste Modell zu sein.



Fragebogen

Wie beurteilen Sie die aktuelle Geschäftssituation im Vereinigten Königreich?

- Gut
- Befriedigend
- Schlecht
- Nicht betroffen

Wie beurteilen Sie die Geschäftsperspektive in diesem Jahr im Vereinigten Königreich?

- Besser
- Gleichbleibend
- Schlechter
- Nicht betroffen

In welcher Form sind Sie im/mit dem Vereinigten Königreich geschäftlich aktiv? (Mehrfachantwort möglich)

- Importe von Waren oder Dienstleistungen aus dem Vereinigte Königreich
- Exporte von Waren oder Dienstleistungen in das Vereinigte Königreich
- Mit einer Niederlassung/einem Büro im Vereinigten Königreich
- Wir beschäftigen britische Staatsbürger
- Wir beschäftigen deutsche Staatsbürger in unserer Niederlassung im Vereinigten Königreich
- Wir sind nicht im/mit dem Vereinigten Königreich aktiv

Planen Sie aufgrund des britischen EU-Austritts eine Verlagerung ihrer Investitionsausgaben auf andere Märkte? (Wenn Ja, Mehrfachnennung möglich)

- Nein
- Ja, nach Deutschland
- Ja, in die sonstige EU, Schweiz, Norwegen
- Ja, nach Ost-/Südosteuropa (ohne EU)
- Ja, außerhalb Europas

Fühlen Sie sich gut auf den Fall eines „harten“ Brexits (Scheitern der Austrittsverhandlungen) vorbereitet?

- Ja, wir sind auf mögliche Folgen gut vorbereitet
- Nein, wir haben versucht uns vorzubereiten, aber die konkreten Auswirkungen für das Unternehmen sind noch unklar
- Nein, wir haben uns damit noch nicht beschäftigt.

Welche Maßnahmen haben Sie bereits in Vorbereitung auf den Brexit getroffen?

- Wissensaufbau/Schulungen im Zollrecht
- Gespräche mit Kunden und Lieferanten, um mögliche Auswirkungen zu klären
- Überprüfung von Verträgen mit Blick auf potentielle Risiken durch den Brexit
- Wertschöpfungs- und Lieferketten geprüft
- Prüfung möglicher steuerlicher Veränderungen (z.B. Mehrwertsteuer-System)
- Aufstockung von Lagerbeständen
- Auffangklauseln für nach Großbritannien entsandte Mitarbeiter in Verträge integriert
- Versicherungswechsel geprüft oder vorbereitet
- Finanzdienstleistungen britischer Dienstleister überprüft
- Rückzug aus dem britischen Markt geprüft oder vorbereitet
- Sonstiges (Freitext):

Worin sehen Sie besondere Risiken im Vereinigten Königreich nach einem Brexit? (Mehrfachantworten möglich)

- Zunahme tarifärer Handelshemmnisse
- Zunahme nicht-tarifärer Handelshemmnisse (auch für Dienstleistungen)
- Rechtliche Unsicherheit
- Wechselkursrisiken
- Mittelfristige Verlangsamung des britischen Wirtschaftswachstums
- Zollbürokratie
- Sonstiges (Freitext):